Pierre-Cyrille Hautcoeur, Griechische Lektionen

Inhalte eines in der Pariser Tageszeitung Le Monde vom 27.3..2012 (Ökonomiebeilage S.1) erschienenen Artikels

Originaltitel: „Leçons grecques “

Autor: Pierre-Cyrille Hautcoeur, Professor an den Pariser Wirtschaftshochschulen EHESS und Ecole d’économie de Paris.

Wie oft hörte man seit zwei Jahren immer wieder, Griechenland habe über sein Haushaltsdefizit getäuscht und die EU sowie private Gläubiger belogen?

Ein vergleichender und historischer Blick zeigt nicht nur, dass solche Fälle nichts Neues und weit verbreitet sind, sondern auch, dass die aktuell betriebene Politik das Risiko solcher Machenschaften verschärft – in Griechenland und vielen anderen Ländern.

Die Frage, ob Griechenland getäuscht und gelogen hat, ist eher sekundär. Von Bedeutung erscheint vielmehr, dass Griechenland in seiner jüngsten Geschichte nie einen im Sinne Max Webers (1864-1920) organisierten Staat mit entsprechender Staatsverwaltung hatte, welcher Frankreich und andere Länder zu einer effektiven Steuererhebung befähigte.

In seinem (desolaten) Staatsaufbau unterscheidet sich Griechenland wenig von manch anderen europäischen Staaten und vielen Entwicklungsländern, die trotz ihres Reichtums von staatlicher Struktur-Schwäche befallen sind.

Noch im absolutistischen Frankreich hatte der königliche Staat größte Mühe, entweder direkt über seine Verwaltung oder indirekt über Pächter seine Steuern einzutreiben. Aufgrund fehlender Steuerakzeptanz und Steuereinnahmen verlor Frankreich im 18. Jahrhundert fast alle seine Kriege gegen England.

Erst die seit der Revolution durchgeführte, rigorose Verwaltungs-Neustrukturierung festigte das Finanzverwaltungssystem ... und schuf neue Finanzinstitutionen (Depositenkassen, Staatskasse mit einem Netz von Finanzverwaltungsdirektoren, Zentralbank). Ein Jahrhundert später wurde - in heute lächerlich erscheinenden -politischen Kämpfen um die Einführung der Einkommensteuer gerungen und bis zur steuerlichen Erfassung aller Einkommen vergingen noch weitere Jahrzehnte (nur die Bauern blieben de facto lange verschont).

Die Herausbildung der Staatsnationen im 19. Jahrhundert rechtfertigte ideologisch den national-staatlichen Aufbau mit einhergehender Stärkung der Steuersysteme. Die Weltkriege erleichterten über staatliche Kontrolle der Devisengeschäfte die Besteuerung hoher Einkommen. Maßgeblich für die Zwecke der öffentlichen Finanzwirtschaft wurden neue technische und konzeptuelle (finanzwissenschaftlich fundierte) Instrumente einer modernen Verwaltung entwickelt und praktisch eingesetzt.

Doch seither hat sich viel verändert. Liberalisierung der Kapitalströme, Finanz(produkt)-Neuerungen und Einfallsreichtum privater Vermögensverwalter beeinträchtigen immer mehr die Effizienz der Steuerverwaltung und ermöglichen manchen Leuten (selten den ärmsten) Steuervermeidung über (steuerrechtliche) Schlupflöcher - womit die politische Akzeptanz des Steuerrechts in Frage steht.

Der seit 30 Jahren in Europa und in den USA vorherrschende, anti-staatliche Mainstream-Diskurs führte zu einer allgemeinen Schwächung der Legitimität der Steuererhebung, denn im Namen vorgeblicher Überlegenheit des privaten Sektors wird die Existenz des Öffentlichen Dienstes selbst in Frage gestellt.

Letztendlich sind heute Verwaltungen nur noch mit Verspätung und nur wenn die politische Führung ausdrücklich zustimmt, bereit, sich für Reformen im Sinne eines modernen und international koordinierten Steuerrechts einzusetzen...

Ohne jeden erkennbaren politischen Willen zum Widerstand nimmt die Steuerflucht in den meisten Ländern heute zu, so dass man sich fragen muss, ob jetzt Griechenland hier Nachzügler ... oder Vorreiter ist.

Eine eindeutige und zugleich katastrophale (Eurozonen-)Krisenlösung wären Restriktionen an den nationalen Grenzen im Personen-, Güter- und Kapitalverkehr. Inzwischen ist die Integration dermaßen fortgeschritten, dass unter einer solchen Maßnahme alle europäischen Volkswirtschaften zu leiden hätten bzw. dass die EU eine solche Maßnahme nicht überleben könnte.

Eine andere, heute dringlich erscheinende Lösung auf europäischer Ebene bestünde aus der Verbindung einer Dosis zwischenstaatlicher Fiskalkooperation mit einer Dosis fiskalischer Eigenstaatlichkeit. Die Konvergenz der Fiskalsysteme wird sehr viel Geduld und Zeit benötigen, fiskalische Koordination erscheint aber grundsätzlich möglich ...

Die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands muss für die Europäer als Warnschuss verstanden werden. Griechenlands Problem ist nicht seine Überschuldung – viele Länder waren sehr viel höher verschuldet und beglichen ihre Schulden auf Heller und Pfennig ohne die Notenpresse anzuwerfen - das Problem Griechenlands ist seine politische und administrative Befähigung zur Erhebung und Eintreibung von Steuern.

Griechenland Hilfe beim Aufbau seiner Staatsverwaltung zu leisten - und nicht deren Liquidierung zu fordern – das ermöglicht die Re-Integration Griechenlands ins moderne Europa. Dessen Attraktivität beruht in großem Maße auf der Qualität seines Öffentlichen Dienstes!

Ein solches Projekt (Staat und Öffentlichen Dienst betreffend) müsste von den großen europäischen Ländern gemeinsam getragen werden und sollte in den demnächst in Europa anstehenden Wahlen eine wichtiges Thema sein.